



N I E D E R S C H R I F T

zu der

Sitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Zittau

Donnerstag, den 15.12.2016 17:00 Uhr

Bürgersaal im Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

**Name der/des leitenden Vorsitzenden:
Schriftführer/in:**

Thomas Zenker, Oberbürgermeister
Simone Weichenhain

Anwesend

Vorsitzende/r

Thomas Zenker

CDU - Fraktion

Dietrich Glaubitz

Frank Härtelt

Andreas Johne

Oliver Johne

Frank Sieber

Gerd Witke

Thomas Zabel

ab 17:20 Uhr anwesend

FUW/FBZ/FDP - Fraktion

Sven Ehrig

Jörg Gullus

Thomas Krusekopf

Dr. Thomas Kurze

Dietrich Thiele

Zittau kann mehr e.V. - Fraktion

Annekathrin Kluttig

Martina Schröter

Thomas Schwitzky

Dorotty Szalma

Die Linke. - Fraktion

Winfried Bruns

Ramona Gehring

Dr. Rainer Harbarth

Jens Hentschel-Thöricht

SPD/Bündnis 90/Die Grünen - Fraktion

Matthias Böhm

Rosemarie Hannemann

Christian Lange

Bürgerbündnis

Antje Hiekisch

bis 19:15 Uhr anwesend

Freie Bürger Zittau e.V.

Andreas Mannschott

Ortsbürgermeister

Wolfgang Lehmann

Stadtverwaltung

Heike Barmeyer

Dr. Volker Beer

Kai Grebasch

Gunter Haymann

Gloria Heymann

Ines Hirt

Elke Hofmann

Ralph Höhne

Uwe Kahlert

Birgit Kratzer

Petra Laksar-Modrok

Thomas Mauermann

Andreas Paape

Uwe Pietschmann

Horst Schiermeyer

Wiepke Steudner

Dr. Benjamin Zips

Presse

Thomas Mielke

Gesellschaften

Daniel Brendler

Birgit Kaiser

Uta-Sylke Standke

Sandra Tempel

Raik Urban

Anwesende Bürger:

15

Abwesend

Bürgerbündnis

Torsten Hiekisch

dienstlich entschuldigt

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung
2. Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung
4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 17.11.2016
5. Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (5) SächsGemO
6. Mündliche Information des Oberbürgermeisters zur Fortschreibung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes der Großen Kreisstadt Zittau (SEKo) 190/2016
7. Beschluss zur Ermächtigung des Oberbürgermeisters der Großen Kreisstadt Zittau zur öffentlichen Ausschreibung der Ausstattung und der Lehrmittel an der Oberschule im Schulzentrums „Richard von Schlieben“ im Haushaltsjahr 2017 196/2016
8. Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
 - 8.1. Stadtrat Dr. Kurze
 - 8.2. Stadtrat Gullus
 - 8.3. Stadträtin Hiekisch
 - 8.4. Stadtrat Hentschel-Thöricht
 - 8.5. Stadtrat Zabel
 - 8.6. Stadtrat Witke
 - 8.7. Stadtrat Glaubitz
 - 8.8. Stadtrat Johne, Oliver
 - 8.9. Stadtrat Johne, Andreas
 - 8.10. Stadtrat Krusekopf
 - 8.11. Stadtrat Hentschel-Thöricht
9. gegen 18:00 Uhr Anfragen der Bürgerinnen und Bürger
10. Beschluss zur Neufassung der Verordnung der Stadt Zittau über die Festsetzung von Parkgebühren - Parkgebührenordnung 120/2016
11. Beschluss zur Weiterführung und finanziellen sowie personellen Absicherung der Teilnahme am Zertifizierungsverfahren und Qualitätsmanagementsystem "European Energy Award" 193/2016

Nicht öffentlicher Teil

12. Stundungen /Information

Öffentlicher Teil

1. Tagesordnungspunkt Eröffnung

OB Zenker begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Stadtrates.

Vor Eintritt in die Tagesordnung besucht der Weihnachtsmann vom Zittauer Weihnachtsmarkt die Sitzung und wünscht allen ein frohes Fest und einen guten Rutsch in neue Jahr.

2. Tagesordnungspunkt Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Einladung und Unterlagen zur Stadtratssitzung sind form- und fristgerecht zugegangen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Es sind 26 Stadträtinnen und Stadträte einschließlich des Oberbürgermeisters anwesend. Stadtrat Hiekisch ist entschuldigt.

Hierzu gibt es keine Einwände, stellt OB Zenker fest.

3. Tagesordnungspunkt Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung

OB Zenker kündigt an, dass er im nichtöffentlichen Teil Informationen den Stadträtinnen und Stadträten zukommen lassen möchte.

Weiter Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht und OB Zenker lässt darüber abstimmen. Einstimmig ist die Tagesordnung bestätigt.

4. Tagesordnungspunkt Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 17.11.2016

Gegen die Niederschrift vom 17.11.2016 gibt es keine Einwendungen.
Mit 25:0:0 wird diese bestätigt.

Für die heutige Protokollunterzeichnung werden Stadtrat Schwitzky, Thomas und Stadtrat Johné, Andreas vorgeschlagen. Beide geben ihr Einverständnis.

5. Tagesordnungspunkt Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (5) SächsGemO

Wahrgenommene Termine:

- Es gab einen Ortstermin am 22.11. des Petitionsausschusses des Landes Sachsen zum Thema B 99. Die Situation, die sich am Ende dieses Termins ergeben hat, ist nicht wirklich befriedigend. Deutlich hat OB Zenker erklärt, dass die derzeitige Lösung zu einer deutlichen Verbesserung der Problemlage geführt hat. Das heißt, die Ablastung der Brücke bzw. die Sperrung für schwere Fahrzeuge führt dazu, dass der große Anteil der vielen LKWs deutlich zurückgegangen ist. Ein weiteres Vorgehen an diese Stelle hält er für nicht zweckmäßig.
- 22.11.: gab es hier in diesem Saal einen Neugeborenen-Empfang. Dieser war sehr schön.
- 29.11.: feierte die Wohnbaugesellschaft ihr Firmenjubiläum (25 Jahre) und hatte ins Weihnachtsmärchen des Theaters viele Menschen eingeladen.
- 01.12.: Kinderweihnachtsfeier des DKSB Zittau/Kinderstiftung
- 06.12.: Weihnachtsfeier des Demokratischen Frauenbundes Zittau
- 05.12.: Arbeitstreffen mit der Bürgermeisterin von Böhmisches Leipa, Romana Žatecká

- 15.12.: Heute wurde der 200.000 Fahrgast der SOEG begrüßt.

Wahrgenommene Termine des Stellvertreters SR Krusekopf:

- 30.11.: Jahreshauptversammlung VdK
- 02.12.: Karl IV.-Workshop eröffnet

Bevorstehende Termine:

- 17.12. (15.45 Uhr): Anschnitt des Riesenstollens auf dem Weihnachtsmarkt
 - 18.01.2017: traditioneller Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters
 - 20.01.2017 (18.00 Uhr): feierliche zivita-Preisverleihung der Bürgerstiftung
- Die Vorsitzenden der Fraktionen des SR sind herzlich von der Bürgerstiftung zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Informationen:

- Geplante Terminkette zur **HH-Erstellung:**

Übergabe per Session an Stadtrat	Dienstag, 28. Februar 2017
Klausur mit den Stadträten	Samstag, 4. März 2017
1. Lesung Stadtrat	Donnerstag, 23. März 2017
Gemeinsame Beratung mit Ortsbürgermeistern	Donnerstag, 30. März 2017
(hier gleichzeitig Übergabe und Besprechung zum eventuellen Einspruch)	
Einwohnerversammlung	Dienstag, 11. April 2017
2. Lesung Stadtrat/Beschluss Stadtrat	Donnerstag, 20. April 2017

- Fertigstellung **Eröffnungsbilanz** und Übergabe an RPA zum 31.03.2017.

- Vorgehensweise bei der Erstellung der neuen **Imagebroschüre**

Nach Bestätigung der Verfahrensweise zur Erstellung der neuen Broschüre durch den Kultur- und Tourismusbeirat am 17.10.16 hat die Arbeitsgruppe inzwischen zwei Mal getagt. Dabei wurde insbesondere an der inhaltlichen Ausrichtung und an ersten Entwürfen für den Text der neuen Broschüre gearbeitet. In den nächsten Wochen wird der Text nun komplett verfasst und den AG-Mitgliedern zur Vorbereitung der 3. AG-Sitzung Ende Januar/Anfang Februar übermittelt. Dort soll der Text finalisiert werden, damit die Arbeit am Layout beginnen kann. Dabei wird klar werden, welche Fotos zu produzieren sind. Dies erfolgt dann sobald die Witterungsbedingungen dies zulassen. Geplanter Erscheinungstermin der Broschüre ist der 1. Juni 2017.

Eine Beschreibung der Prozedur zur Arbeit an der neuen Imagebroschüre liegt in den Mappen der SR.

- Information zum Stand **Umgebindextraße**

Die „Oberlausitzer Umgebindexhausstraße“ ist die 7. Regionalstrecke der Deutschen Fachwerkstraße und erhebt in diesem Sinne momentan keine eigenen Beiträge. Als formelle Grundvoraussetzungen für einen Beitritt, sind die Aufnahmen in die übergeordneten Dachorganisationen zwingend erforderlich. Zum einen der Beitritt in die Dachorganisation „Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V.“ sowie zum anderen der Beitritt in die darin befindliche „Arbeitsgruppe Deutsche Fachwerkstraße e.V.“ Die Aufnahme darin erfolgt durch Mitgliederbeschlüsse, nachdem die erforderlichen Kriterien (u.a. herausragender Fachwerkbestand) erfüllt sind.

Beitrag für die „Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V.“: zw. 150 € - 700 € p.a.

Beitrag für die „Arbeitsgruppe Deutsche Fachwerkstraße e.V.“: zw. 800 € - 3200 € p.a.

In Abstimmung mit der Deutsche Fachwerkstraße ist es angedacht, die Stadt Zittau im Jahr 2017 zu einer Regionalstreckensitzung einzuladen und die Aufnahmekriterien sowie Abläufe näher vorzustellen.“

- Informationen **TGG-Beschluss**

Am 29.11.2016 hat die Mitgliederversammlung der TGG beschlossen, die Geschäftsbesorgung an die Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft zu vergeben.

Stimmverhalten

123 von 169 Stimmen anwesend

112x Ja

2x Enthaltungen

8x Nein

1x Befangen

Die Gesellschafterversammlung der ZSG hat die Übernahme der Geschäftsbesorgungen der TI Zittau und der TGG befürwortet.

- 08. April 2017: **Tag der Umwelt** mit der Gemeinde Olbersdorf geplant

- Forschungs-Praxis-Projekt „**Vielfalt in den Zentren** von Klein- und Mittelstädten“

Im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ fand am 1. und 2. Dezember 2016 das zweite Netzwerktreffen in Weißenfels (Sachsen-Anhalt) statt. Im Mittelpunkt dieses Erfahrungsaustauschs von bundesweit neun beteiligten Projektkommunen standen Fragen der innerstädtischen Entwicklung, der Bedeutung von Handel, Gewerbe und Wohnen für die Zukunft der Stadtzentren, der Einbindung der Bürger und der Organisation von Beteiligungsprozessen sowie die Potenziale von Vielfalt als Faktoren zur Stabilisierung der Innenstädte. Am Beispiel von zwei sehr unterschiedlichen Kommunen (Zittau und Steinfurt) wurde in einer Arbeitsgruppe diskutiert, mit welchen Chancen, aber auch Problemen das innerstädtische Wohnen behaftet ist. Zittau wurde durch Herr Höhne und Frau Kaisern vertreten.

- Ergänzung zur **Abwassergebührenkalkulation**

In der vergangenen Sitzung wurde die Abwassergebührenkalkulation neu beschlossen. Ein Bürger hat Nachfragen dazu gestellt. Heute haben die Stadträte Austauschseiten 17 & 19 in ihren Mappen. Er bittet den Referatsleiter, Herrn Paape, den Sachverhalt zu erläutern.

Herr Paape erläutert. Im letzten Stadtrat hat Herr Lehmann aus Dittelsdorf Einwende gegen die von ihnen beschlossene Gebührenkalkulation vorgetragen. Ich war spontan im Glauben, er wechselt dort zwei Sachverhalte. Dem ist nicht so. Die Fehler, die Herr Lehmann angesprochen hat, sind tatsächlich eingetreten. Dafür möchte er sich in aller Form bei Herrn Lehmann und beim Stadtrat entschuldigen. Diese Fehler führen aber nicht dazu, dass die Gebührensätze in neuer Höhe festgesetzt werden müssen. Die Fehler bewirken, dass in der Nachkalkulation für die Jahr 2014 bis 2016 der Überschuss von 65 T€ auf 101 T€ steigt und damit im neuen Kalkulationszeitraum 2017 bis 2021 zusätzlich 35 T€ ausgeglichen werden müssen. Bei Kosten von 7,2 Mio. € bewirkt es keine Veränderungen im Cent-Bereich, sodass die von ihnen beschlossenen Gebühren von 1,40 € rechtskräftig sind.

- **Parkscheinautomaten**

Die Parkscheinautomaten werden am 28.12. außer Betrieb genommen und am 02.01. wieder in Betrieb genommen.

- **10 Jahres Jubiläum von Ortschaften**

2017 gehören die OT Dittelsdorf, Hirschfelde, Schlegel und Wittgendorf 10 Jahre zur Stadt Zittau. Wir sollten uns gemeinsam in der schönen Jahreszeit, im Sommer, etwas einfallen lassen.

Hintergründe

1990 –1994:

Die Gemeinden Dittelsdorf, Hirschfelde, Schlegel und Wittgendorf bestehen selbständig.

1994

Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft, welche die Aufgaben der 4 Gemeinden übernimmt, in den Gemeinden verbleiben die Bürgermeisterbüros und Sekretariate;

1999

Zwangseingemeindung von Wittgendorf zu Hirschfelde nach Unterschreitung der notwendigen Einwohnerzahl für Selbständigkeit;

2002

Freiwillige Eingemeindung von Dittelsdorf zu Hirschfelde;

2005

Freiwillige Eingemeindung von Schlegel zu Hirschfelde;

2007

Eingemeindung von Hirschfelde zu Zittau nach Bürgerentscheid

Beantwortung offener Anfragen von Stadträten

SR Fr. Hiekisch- Fragen

1. Wer veranlasste wann und auf welcher Rechtsgrundlage, dass beim kommunalen Eigenbetrieb Forstwirtschaft der Großen Kreisstadt Zittau nur ein „ausgewählter Personenkreis“ einen Weihnachtsbaum erhalten kann?
2. Wer konkret gehört diesem „ausgewählten Personenkreis“ seit welchem Jahr an?

„Die Anfrage von Frau Hiekisch ist offenbar die Reaktion auf ein Telefonat in der vergangenen Woche mit einer Kollegin des Forstbetriebes. Dabei wurde sich nach der Möglichkeit des Kaufs eines Weihnachtsbaumes vom Forstbetrieb erkundigt. Die Antwort lautete folgendermaßen: Der Verkauf von Weihnachtsbäumen an die breite Öffentlichkeit ist aus Kapazitätsgründen schlicht nicht möglich. Unsere Plantage in Wittgendorf ist sehr begrenzt, sie dient der Eigenversorgung der Stadt, beispielsweise für die weihnachtliche Ausstattung von Bürgersaal, Museum etc. Auch Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung und Stadträtinnen und Stadträte können auf Anfrage einen Baum von dort bekommen – so die Kapazitäten dies erlauben. Die Belieferung an Museum etc. erfolgt gegen Rechnungslegung und auch Verwaltungsangehörige bzw. StadträtInnen bezahlen den jeweiligen Baum selbstverständlich. Ob der Begriff des „ausgewählten Personenkreises“ im Gespräch gefallen ist, kann nicht mehr genau nachvollzogen werden, gemeint war in jedem Fall ein „eng begrenzter“ Personenkreis – schlicht aus Kapazitätsgründen.“

- die von Fr. Hiekisch hinterfragte Regelung ist eine betriebsinterne Festlegung
- das beschriebene Vorgehen ist gelebte Praxis seit mehr als 15 Jahren
- das Anlegen einer kleinen Weihnachtsbaumplantage wurde von Fr. Bültemeier vor mehr als 15 Jahren entschieden, um Witterungs-, Vegetations- und technische Probleme besser bewältigen zu können (Zuwegung in den Wald auch unter winterlichen Bedingungen, gleicher Astbewuchs etc.)

SR Gullus – Frage:

Warum sind für eine Museumskasse 7.000€ im HH eingeplant?

Antwort (Abstimmung zwischen den Abt. Museum, Wifö und Org.)

„Bei dem Ansatz in Höhe von 7.000 € handelt es sich um eine Vorhalteposition. An der Museumskasse besteht Handlungsbedarf, weil derzeit noch viel manuelle Arbeit anfällt. Es wurde von den Beteiligten verabredet, dass keine neue Registrierkasse angeschafft wird. Stattdessen wird im Januar ein PC-Arbeitsplatz eingerichtet, der jederzeit mit der Kassenfunktion erweitert werden kann, und zudem weitere Einsatzmöglichkeiten bietet. Über die Anschaffung einer Softwarelösung wird im Laufe des Jahres entschieden.“

SR Krusekopf - Fragen

- Wie ist das Verhältnis der „Urkalkulation“ zum realen Kostenstand mit Blick auf die zeitlichen Verzögerungen?
- Wie ist der Arbeitsstand bei der Imagebroschüre?
-

Antworten

- Internetseite
Die Umsetzung der neuen Homepage ist mit der Agentur vereinbarten Kostenrahmen geblieben. Eine Kostenerhöhung aufgrund der zeitlichen Verschiebung hat es nicht gegeben, da wir pauschale Preise für einzelne Module bzw. Leistungen vereinbart hatten.

Auftragssumme für die Grundinstallation: 16.462,00 €
Abschlussrechnungssumme: 16.232,00 €

- Imagebroschüre
Die Darstellung des zeitlichen Ablaufs liegt in den Mappen der Stadträte

SR Mannschott – Frage

Wird die Internetseite den Stadträten vorgestellt, so dass man während der Vorstellung Kritik und eigene Punkte einbringen kann?

Antwort

Die Stadträte und Stadträtinnen waren im Rahmen der Betaphase eingebunden und wurden um Feedback gebeten. Seit 30.11. ist die neue Homepage der Stadt Zittau online. Aufgrund des flexiblen Content-Management-Systems sind Änderungen jederzeit möglich. Für Hinweise sind wir weiterhin dankbar und greifen Anregungen gerne auf. Eine Vorstellung der neuen Internetseite ist nicht vorgesehen.

- Information:

Die Anfragen von **SR Dr. Harbarth** und **SR Hr. Hiekisch** zum Thema „WLAN“ sind schriftlich beantwortet worden und befinden sich in den Mappen der Stadträte.

- In Rücksprache mit dem Technischen und Vergabeausschuss habe ich eine Eilentscheidung fällen müssen, gemäß § 52 Abs. 4 SächsGemO vom 03.03.2014: Die Bauleitung für das Bauvorhaben „Abbruch Baracke, Schliebenstraße 21 b“ in 02763 Zittau – Los 1 Abbruch Arbeiterwohnheim wird in Folge einer Beschränkten Ausschreibung an die Firma Umwelt- und Recycling-Bau GmbH Zittau, Friedensstraße 35 a, 02763 Zittau mit einer Angebotssumme von 53.455,60 € vergeben.

6. Tagesordnungspunkt

Mündliche Information des Oberbürgermeisters zur Fortschreibung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes der Großen Kreisstadt Zittau (SEKo)

Vorlage: 190/2016

OB Zenker überträgt die mündliche Information an die Geschäftsführerin der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft, Frau Kaiser.

Frau Kaiser unterstützt die mündliche Information zur Fortschreibung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes der Großen Kreisstadt Zittau mit einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation. Diese ist Anlage 3 zum Protokoll.

7. Tagesordnungspunkt

Beschluss zur Ermächtigung des Oberbürgermeisters der Großen Kreisstadt Zittau zur öffentlichen Ausschreibung der Ausstattung und der Lehrmittel an der Oberschule im Schulzentrum „Richard von Schlieben“ im Haushaltsjahr 2017

Vorlage: 196/2016

Der VFA hat mit 13:0:0 den Beschlussvorschlag empfohlen, informiert OB Zenker.

Stadtrat Gullus hat zwei Fragen dazu. Er hätte sich zunächst gewünscht, dass Frau Kuhsmann anwesend wäre, dass man ihr noch Fragen stellen hätte können. Deshalb möchte er diese Fragen an den Verantwortlichen stellen: Sind alle Kosten berücksichtigt? Sind die Mittel von Frau Kuhsmann als ausreichend eingeschätzt worden oder gibt es Defizite? Ist die Summe von Frau Kuhsmann so bestätigt worden?

Herr Dr. Beer antwortet darauf. Die heute vorliegende Beschlussvorlage ist vom Grundsatz her ein erster Schritt, nämlich, dass diese Ausschreibung zeitgerecht durchgeführt werden kann. Die Möbellieferanten benötigen einen Vorlauf von mindestens acht Wochen, um die Möbel liefern zu können. Wir benötigen hier Zeit für die Ausschreibung. Das ist der Hintergrund dieses Beschlusses. Es hat eine umfangreiche Diskussion mit der Kämmerei, auch angesichts der Haushaltssituation gegeben. Gemeinsam mit der Schulleiterin, Frau Kuhsmann, ist ein Kompromiss gefunden worden. Wir werden in der ersten Phase Mobiliar und natürlich Lehr- und Unterrichtsmittel, die in der Schule vorhanden sind, mitnehmen und weiter verwenden. In den Folgejahren werden wir schauen, insbesondere auch in der Schliebenschule, diesen Lehrmittelapparat als auch das Mobiliar sukzessive weiter zu modernisieren. Mit dieser Summe, die jetzt hier vorliegt, schaffen wir es, alle 15 Klassenräume und die entsprechenden Technikräume in der Ausstattung komplett einzurichten. Die Vorbereitungsräume und Neben- und Gruppenräume dort mit Möbeln auszustatten, die brauchbar sind, werden aus der jetzigen Burgteichschule mitgenommen. Natürlich wäre es schön, wenn wir eine größere Summe hätten, aber der Blick in Abstimmung mit der Kämmerei ist auf das Haushaltsvolumen abgestimmt. Frau Kuhsmann ist diesen Weg mitgegangen, auch die Lehrerschaft haben sich die Möbel angeschaut und gestrichen, natürlich im Blick, dass wir in den nächsten Jahren noch etwas tun müssen.

Stadtrat Gullus fragt nach. Es wird keinen leeren Raum geben? Das Geld ist ausreichend, dass jeder Raum mit Möbeln, die notwendig sind, ausgestattet sein wird.

Die Bestätigung erfolgt durch Kopfnicken seitens Herrn Dr. Beer.

Frau Schröter weiß, dass in der Burgteichschule in den letzten Jahren fünf Räume komplett neu eingerichtet worden sind. Das Chemie-, das Physikkabinett und mindestens drei Klassenzimmer. Wie ist es angedacht, wenn die Parkschule dann vorübergehend in die Burgteichschule ziehen soll? Werden diese neuen Möbel komplett in die Schliebenschule genommen oder muss die Parkschule ihr altes Mobiliar mitnehmen oder?

Das Chemie- als auch das Biologiekabinett sind neu eingerichtet worden, also neu möbliert, bestätigt Dr. Beer. Es bleibt in der Burgteichschule stehen. Wir werden so zum Beispiel die Werken- und Technikräume, wo wir neu möblieren, weiter verwenden können.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr und OB Zenker lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau ermächtigt den Oberbürgermeister im Vorgriff auf den Haushalt 2017 die öffentliche Ausschreibung der Ausstattung im Wert von 200.000 € und der Lehrmittel im Wert von 25.000 € der Oberschule im Schulzentrums „Richard von Schlieben“ im Haushaltsjahr 2017 im Januar/Februar vorzunehmen.

Abstimmung:

**Ja 26 Nein 26 Enthaltung 0 Befangen 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

8. Tagesordnungspunkt Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

8.1. Tagesordnungspunkt Stadtrat Dr. Kurze

Stadtrat Dr. Kurze hat nach einem Besuch mit einer Gruppe von 20 Personen des Großen Fastentuches einige Fragen zur technischen Ausstattung. Zunächst schildert er kurz den Ablauf des Besuchs, um danach die Fragen stellen zu können. Sie wurden im Empfangsgebäude von der Damen freundlich begrüßt, jedoch im Gebäude und in der Kirche ohne Mikrofon. Dieses holte sie, jedoch funktionierte es nicht fehlerfrei. Danach hat sie die ersten Bilder vom Fastentuch erklärt, dann setzte der Laserpointer aus. Während dessen wollte sie das Licht dimmen und stellt fest, dass dieser auch nicht richtig funktioniert. Seine Fragen nun dazu:

1. Werden Überprüfungen der eingesetzten Technik durchgeführt? Wenn ja, in welchen Zeitabständen?
2. Werden Anleitungen bzw. Einweisungen der Mitarbeiter zu der verwendeten Technik durchgeführt? Wenn ja, in welchen Zeitabständen?
3. Erhalten die Mitarbeiter fachliche und rhetorische Anleitungen? Wenn ja, in welchen Zeitabständen?
4. Warum wird den Mitarbeitern kein Hands-Free-Mikrofon, also für eine freihändige Erläuterung, zur Verfügung gestellt?

OB Zenker bestätigt, dass er alle Fragen beantwortet bekommt. Als Stadtrat kennt er aber auch den städtischen Haushalt der vergangenen Jahre und wissen, was dieser Verein erhält und wofür.

Stadtrat Johné, Andreas in Funktion des Vorsitzenden des Fastentuchvereins erklärt, dass sie an der Problematik mit den Mikrofonen arbeiten. Die Kollegen haben die Möglichkeit, dass sie die herkömmlichen um den Hals hängen könnten. Sie machen es nicht, weil es dann direkt vor dem Gesicht hängen muss, weil das Mikrofon eine Punktcharakteristik hat und sie müssen genau reinsprechen.

8.2. Tagesordnungspunkt Stadtrat Gullus

Stadtrat Gullus bedankt sich zunächst für die Beantwortung seiner Fragen. Jedoch ist noch eine Frage offen: Warum Lichtleiterkabel durch die Stadt gezogen werden?

Betreffend die Klosterkirche fragt er: Wie hoch sind die Kosten z. B. für Versicherung, Unterhaltung für die Klosterkirche?

OB Zenker erklärt, dass beide Fragen schriftlich beantwortet werden.

8.3. Tagesordnungspunkt Stadträtin Hiekisch

Stadträtin Hiekisch hat eine Frage an Herrn Höhne. Auf der Komturstraße ist seit einiger Zeit der Straßenbelag abgefräst. Wann wird dies wieder in Ordnung gebracht?

OB Zenker erklärt, dass, nach Information von Stadtrat Johne, Oliver soeben, heute daran gearbeitet wurde.

8.4. Tagesordnungspunkt Stadtrat Hentschel-Thöricht

Stadtrat Hentschel-Thöricht fragt, ob und wenn ja, wie sich die Stadt Zittau an dem Programm „Lieblingsplätze für alle“ beteiligt? Im Januar ist Einreichungsschluss für die Anträge. Welche Anträge werden durch die Stadt zurzeit erarbeitet bzw. sind schon eingereicht worden?

OB Zenker antwortet. Als Mitglied des Gesundheits- und Sozialausschusses des Kreistages weiß Herr Hentschel-Thöricht ganz genau, wie diese Anträge bearbeitet werden und wie viele davon im Landkreis Görlitz erfolgreich bisher untergekommen sind. Bis jetzt kaum Kommunen. Vorige Woche ist die Post erst eingegangen. Es ist diese Woche in der Dienststellenberatung besprochen worden. Es soll ausgetestet werden, inwiefern dort tatsächlich Kommunen eine Chance haben.

8.5. Tagesordnungspunkt Stadtrat Zabel

Stadtrat Zabel fragt zur Mandaukaserne unter dem Gesichtspunkt der Ankündigung von Förderung durch die Untere Denkmalbehörde betreffend nach. Wie ist der Verhandlungsstand von dem was wir erreichen wollten? Was wissen wir zu dieser Förderung? Aktivitäten der Bauaufsicht: Begleiten wir das? Aktivitäten der Verwaltung zur Inanspruchnahme des Eigentümers: Wie ist der Stand?

OB Zenker antwortet. Beim Alteigentümer war nichts zu holen. Die Gesellschaft ist in Liquidation. Ein potenzieller Neueigentümer wird möglicherweise durch unser Vorkaufsrecht in seinem Erwerbungs willen beeinträchtigt. Dies wird gerade geprüft. Es ist in der Öffentlichkeit nicht der richtige Punkt, über privatrechtliche Besitzsituationen zu informieren, aber wir werden die Prüfung der Möglichkeiten des Vorkaufsrechts vorantreiben. Der Landkreis hat die Notsicherung gefördert. Die Bauaufsicht der Stadt Zittau hat die Baugenehmigung erteilt, weil wir einer Notsicherung nicht die Genehmigung verweigern können. Die Inanspruchnahme von Forderungen der Stadt Zittau gegenüber dem potenziellen neuen Eigentümer ist nicht die gleiche gegenüber den alten Eigentümer, der bestimmte Forderungen verursacht hat. Gleichzeitig habe ich noch einmal angeregt, erneut Verhandlungen zwischen den anderen Erwerber anzustreben, der gern das Konzept umgesetzt hätte.

8.6. Tagesordnungspunkt

Stadtrat Witke

Stadtrat Witke fragt zum Museumsdepot nach. Wie ist der dortige Stand? Ist es bereits übergeben? Er hat sich sagen lassen, dass verschiedene Räume keine Beleuchtung haben.

Er kann sich nicht vorstellen, dass dann eine Abnahme durch die Bauaufsicht erfolgt sein kann und der Verantwortliche für die Sicherheit zustimmt.

Herr Höhne antwortet. Das Gebäude ist an den Nutzer übergeben worden. Es gab im Vorhinein eine klare Vereinbarung, dass für die Beleuchtung der Nutzer zuständig ist. Dies hat bestimmte Hintergründe, welche hier in der Öffentlichkeit nicht geäußert werden können. Die technischen Einrichtungen im Gebäude funktionieren. Wenn die letzte Rechnung eingegangen und beglichen ist, wird er im VFA dazu berichtet.

8.7. Tagesordnungspunkt

Stadtrat Glaubitz

Stadtrat Glaubitz seine Fragen beziehen sich auf zwei Themenschwerpunkte. Der erste Punkt ist das neue Internet. Dort hatte er ein paar Anregungen bei der letzten Sondersitzung an Herrn Grebasch weitergegeben. Seine Frage diesbezüglich, inwiefern ist das Eine oder Andere schon umgesetzt worden? Der zweite Themenkomplex bezieht sich auf das Technische Rathaus bzw. den Umzug. Wir haben einen Vorschlag bekommen, wie es sich jetzt die Verwaltung vorgestellt hat, zumindest in welchen Gebäude usw. Es gab aber einen Antrag, wo zum einen ein Prüfauftrag dahingehend war, Gebäude in der Stadt zu prüfen, die dafür in Betracht kommen. Sind aber andere Gebäude geprüft worden und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Der Antrag beinhaltet auch, die bestehenden Flächen hier im Rathaus, wie sie genutzt werden, einen Belegungsplan vorzulegen und wie die tatsächliche Auslastung ist. Wie beispielsweise durch geringe bauliche Aufwendungen innerhalb des Rathauses eine höhere Kapazität an Mitarbeitern unterzubringen wäre. Wann bekommen wir die Information diesbezüglich?

Herr Höhne antwortet. Es sind andere Gebäude geprüft worden. Seit 2008 sind ungefähr 20 Gebäude geprüft worden. Er denkt, was leer steht und einigermaßen in Frage kommt, ist in den verschiedensten Varianten untersucht worden. Wir haben jetzt den Vorschlag von Herrn Witke noch einmal aufgegriffen und haben uns das Gebäude Reitbahnstraße 1 angesehen. Herr Witke war bei ihm und sie haben sich die Pläne gemeinsam angesehen. Nach Abstimmung haben sie sich jetzt darauf verständigt, dass sie vorerst den Weg im Zusammenhang mit der Baugewerkschule / Hauptsches Haus / Heinke Museum beschreiten. Wenn es dort größere Komplikationen geben sollte oder der Stadtrat den Weg so nicht mitgeht, den wir vorschlagen, wollen wir im Januar spätestens im Februar uns intensiver mit der Reitbahnstraße befassen. Es könnte dort auch möglich sein, die Verwaltung unterzubringen. So sind wir jetzt verblieben, dass wir nicht weiter in die Tiefe, sondern uns auf die zwei Gebäude verständigen.

Die Überlegung im Rathaus zusammenzurücken, die gibt es im Sachzusammenhang mit dem Technischen Rathaus/Sozialreferat, erläutert Herr Mauermann. Es macht heute keinen Sinn, aus den bestehenden Struktureinheiten, das eine oder andere Referat herauszureißen, um im Rathaus einen Raum zu füllen. Dies macht erst im Gesamtzusammenhang mit der Auflösung der Sachsenstraße Sinn, damit gleichzeitig über das Rathaus nachzudenken. Es ist also auf der Tagesordnung.

Herr Grebasch antwortet zum Thema Internet. Wir arbeiten mit Kraft an der Einarbeitung der Informationen und Hinweise, die dazu gekommen sind und auch an der Umsetzung weiterer technischer Features, die die Seite leisten soll. So zum Beispiel ist heute die Webcam wieder online gegangen und auch am Wochenende wird der Veranstaltungskalender wieder zu sehen sein. Was die übergebenen Hinweise angeht, war es ihm aufgrund einer Erkrankung noch nicht möglich, diese umzusetzen. Er kann aber versichern, dass er sie direkt angehen wird.

Stadtrat Glaubitz hat die Antwort zum Belegungsplan des Rathauses nicht zufrieden gestellt. Er denkt, man sollte sich vorher gewisse Gedanken machen. Gibt es einen Belegungsplan und wie ist die tatsächliche Auslastung? Diese Anforderung hätte er gern.

Es spricht nichts dagegen, dass sie erhalten, wer wo sitzt, erklärt OB Zenker. Hervorheben möchte er an dieser Stelle, dass wir uns konkret über diese Dinge austauschen. Er stimmt aber Herrn Mau-

ermann uneingeschränkt zu, dass es im Moment wenig Sinn machen würde, einzelne Leute aus der Sachsenstraße in das Rathaus umziehen zu lassen. Er verspricht, dass er diese Unterlage erhält.

8.8. Tagesordnungspunkt Stadtrat Johne, Oliver

Stadtrat Johne, Oliver hat eine Nachfrage zum Technischen Rathaus. Herr Höhne hatte ausgeführt, dass die Kapazität der bestehenden Häuser geprüft wurde und dass seit 2008 darüber nachgedacht wird, was man machen könnte. In unserem Antrag ging es darum, dass wir als Stadträte einen Überblick bekommen, welche Häuser sind da und wo könnte man eventuell etwas machen. Das ist nicht zielführend, wenn der Stadtrat eine Bitte äußert und dann nur eine einzige Antwort dazu bekommt. Nur eine Variante, die man machen könnte. Zum Museumsdepot hat ihm die Antwort auch nicht so richtig überzeugt, dass die Beleuchtung durch den Nutzer gemacht wird. Hierzu hätte er gern eine konkretere Aussage.

OB Zenker möchte noch einmal auf das Vorgehen an der Stelle verweisen, dass wir unter diesem Tagesordnungspunkt erstens Fragen stellen und zweitens, die Themen auch diskutiert wurden und zwar in allen Ausschüssen. Gerade das Thema „Technisches Rathaus“ ist von ihnen allen aktiv in der vorgelegten Form begrüßt worden. Wir haben ganz deutlich gesagt, es ist ein Vorschlag, der erst mit der Haushaltserstellung tatsächlich greift. Er versteht jetzt die gefühlte Verärgerung nicht so ganz, dass man mehrere Vorschläge haben wollte. Dann wäre in den Ausschüssen bzw. im letzten Stadtrat die Gelegenheit dazu gewesen, darauf hinzuweisen, dass es nicht genügt und mehr möchte. Er weiß nicht, warum die Fragestunde jetzt dafür genutzt wird. Zum Museumsdepot gibt es wahrscheinlich interne Absprachen. Dies machen wir im nichtöffentlichen Teil noch einmal.

Stadtrat Johne, Oliver muss noch einmal nachfragen. Aus seiner Sicht war es so, dass diesbezüglich eine Information erfolgte, dass es diese Möglichkeit gibt mit dem Umzug in das Hauptsche Haus über das Museum in die Berufsschule. Er möchte nicht, dass hier wieder die Tatsachen geschaffen werden, dass es im Haushalt dann steht und so beschlossen ist. Deswegen wollten wir eine Aufschlüsselung. Deshalb ist es noch nicht endgültig diese Frage beantwortet, die damals gestellt wurde. Es ist ein Vorschlag und ein Teil, aber das andere hätten sie auch gern beantwortet.

Herr Höhne könnte folgendes anbieten. Alle Objekte, die wir jetzt untersucht haben und die potenziell in Frage kommen, könnten mit den Ergebnissen aufgeführt werden, die wir erreicht haben. Das ist damals alles in der Arbeitsgruppe „Technisches Rathaus“ besprochen worden. Dies könnte kurzfristig Anfang nächsten Jahres zugearbeitet werden.

8.9. Tagesordnungspunkt Stadtrat Johne, Andreas

Stadtrat Johne, Andreas hat eine Frage zur Johanniskirche. Wie ist der Stand dazu? Es ist ein Kooperationsvertrag mit der Kirchengemeinde abgeschlossen worden. Dort ist vorgesehen, einen geschäftsführenden Ausschuss zu bilden, der die gemeinsame Nutzung der Kirche regeln soll. Wann wird der gebildet? Werden dort Vertreter der Verwaltung oder des Stadtrates mitwirken? Hat die Verwaltung den schon im Vertrag vorgesehenen Veranstaltungsplan 2017 eingebracht? Eine schriftliche Antwort würde reichen.

Eine zweite Frage geht direkt persönlich an Herrn OB Zenker. Haben Sie persönlich den Eindruck gehabt, als wir im Stadtrat die Vorlage zum touristischen Eingreifen in die Strukturen eingebracht haben und Sie beauftragt wurden, sich darum zu kümmern, dass es eine unlösbare Aufgabe ist, wo Sie ein Problem auf dem Weg bekommen, welches Sie nicht lösen können. Im Stadtanzeiger musste er lesen, dass diese Einreicher der Vorlage die Gegner des Oberbürgermeisters sind, welchen er vehement widersprechen muss. Wir sind keine Gegner, sondern ziehen hoffentlich an einem Strang.

Hierzu sollten wir uns im Ältestenrat darüber verständigen, erklärt OB Zenker.

8.10. Tagesordnungspunkt Stadtrat Krusekopf

Stadtrat Krusekopf möchte zum Technischen Rathaus wissen: Wie lange noch haben wir genehmigungsfähig eine Laufzeit für das Objekt Sachsenstraße? Wie lange sind Brandschutzanforderungen, Wärmeschutzrichtlinien, Rettungswege etc. noch gesetzeskonform?

Das Gebäude Sachsenstraße 14 erfüllt bei weitem nicht den Standard, der heute vorgeschrieben ist, erklärt Herr Höhne. Dies betrifft sowohl energetische Belange und es geht weiter mit dem zweiten Rettungsweg. Wir haben uns bisher mit Notbehelfen beholfen. Die finanziellen Mittel im Bereich Invest sind knapp. Wir bewegen uns im Bestandsschutz, solange es man noch akzeptiert. Wir erfüllen heute nicht den geringsten Mindestanforderungen, so Herr Höhne.

Stadtrat Mannschott stellt daraufhin die Frage, inwiefern begeben wir uns, da wir spätestens ab heute wissen, dass hier einige Mindeststandards nicht erfüllt sind, insbesondere den zweiten Rettungsweg, in eine fahrlässige Gefährdungslage. Er bitte hierzu um eine Überprüfung.

Sie bekommen eine schriftliche Antwort, erklärt OB Zenker.

8.11. Tagesordnungspunkt Stadtrat Hentschel-Thöricht

Stadtrat Hentschel-Thöricht fragt, ob es einen konkreten Ablaufplan gibt, wann die AG O-See Challenge ihre Arbeit aufnimmt?

Da gibt es eine eindeutige Antwort aus Olbersdorf, antwortet OB Zenker. Erst muss der Olbersdorfer Haushalt stehen und dann erst Gesprächsbereitschaft zum Thema besteht. Inzwischen wurde auch ihre Arbeitsgruppe gewählt. Im neuen Jahr wird es angegangen.

9. Tagesordnungspunkt gegen 18:00 Uhr Anfragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Nestler möchte sich im Namen seines Vereins „Freunde der Mandaukaserne Zittau e.V.“ für die letzte Stadtratssitzung zum Bekenntnis der Mandaukaserne bedanken.

10. Tagesordnungspunkt Beschluss zur Neufassung der Verordnung der Stadt Zittau über die Festsetzung von Parkgebühren - Parkgebührenordnung Vorlage: 120/2016

Bereits im September wurde im VFA und TVA darüber diskutiert, erläutert OB Zenker. Aufgrund der verschiedenen Anfragen, die dann in den Sitzungen auftraten und die nicht ohne weiteres beantwortet werden konnten, weil man nicht absehen konnte, was widerspricht wem und an welcher Stelle und welche Änderung hat welche Folgen, wurde das Thema von der Tagesordnung zurückgenommen. Dann gab es von der Fraktion FUW/FBZ/FDP zeitgleich einen Beschlussvorschlag zum gleichen Thema. Daraufhin hat der Baudezernent, Herr Höhne, gemeinsam mit dem Leiter Bürgeramt, Herrn Pietschmann und Frau Kubiak, Leiterin Verkehrsbehörde, die Einreicher zum Gespräch gebeten, um über die verschiedenen Änderungen beraten zu können. Aus diesem Gespräch, welches sehr umfangreich war und viele Aspekte unseres Stadtlebens versucht hat in Einklang mit den Forderungen zu bringen, ist die jetzt vorliegende Beschlussvorlage hervorgegangen.

Stadtrat Krusekopf möchte kurz darauf eingehen. Jeden ist der Inhalt dieses Beschlussantrages bekannt. Die Historie ist durch Herrn OB Zenker erläutert worden. Er persönlich gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass jetzt nicht in eine stark kolorierte Diskussion eingetreten wird, die so ziemlich alle Facetten möglich macht, diesen Beschlussantrag weiter zu qualifizieren, bis er am Ende im Inhalt nicht mehr wiederzuerkennen ist. Ihm ist durchaus bewusst, dass es ein Versuch mit einem Status Quo ist, eine neue Situation für die Parkgebührenordnung in der Innenstadt zu beginnen. Es

ist nicht die Beanspruchung der Weisheit letzter Schluss. Insofern ist ihm durchaus bewusst, dass das eine oder andere persönliche Interesse nicht wiedergespiegelt wurde, anderes dafür schon. Bedanken möchte er sich an dieser Stelle ausdrücklich bei Herrn Höhne, Herrn Pietschmann und Frau Kubik sowie bei Herrn Johne und bei Herrn Hentschel-Thöricht für die konstruktive Mitarbeit. Es war eine ergebnisorientierte Diskussion, wo von Seiten der Verwaltung bewusst gemacht wurde, was möglich ist und was nicht, wo auch der gesetzeskonforme Rahmen zu finden ist, um die fertiggestellte „Wohnstube“ der Stadt mit gewissen Regeln zu versehen. Es ist ein Ausgleich von städtischen Interessen und den Interessen von Anliegern und deren Ansinnen wir versucht haben herzustellen. Er möchte für die Zustimmung werben, um im 3. Quartal 2017 darüber neu zu diskutieren, um die Stellen, die vielleicht nachjustiert werden sollen, neu zu sprechen.

Stadtrat Schwitzky erklärt: „Wir haben hier über eine Beschlussvorlage zu befinden, die wohl weder in der Entstehungsgeschichte, noch im Ergebnis, jedenfalls für mich, so gänzlich überzeugen vermag. Um die Gründe für diese persönliche Einschätzung an Sie zu vermitteln, darf ich zu beiden von mir angesprochene Komponenten einige Anmerkungen setzen. Bekanntlich gab es, OB Zenker hat es gerade erwähnt, im August/September diesen Jahres eine erste intensive Debatte um die neue Parkgebührenordnung. Jede Fraktion, jede Gruppe und jeder einzelne Stadtrat brachte sich jeweils auf seine Art in diese Diskussion ein. Das allgemeine und fraktionsübergreifende Interesse für dieses Thema war, für mich jedenfalls, mehr als offenkundig. Ja, es war sogar ein wirklich konstruktiver Geist des Zusammenwirkens in diesem Stadtrat spürbar. So jedenfalls mein Eindruck damals. Um so erstaunter mussten dann viele Mitglieder dieses Stadtrates vor kurzem des Umstandes gewahr werden, dass dieser konstruktive Gedankenaustausch und die Arbeit an einem gemeinsamen Konsens zu diesem Thema unter Einbeziehung aller Fraktionen und Stadträte wohl leider nicht allseits als der beste Weg angesehen wird. Sehr geehrter Herr Kollege Krusekopf, aus einem Artikel in der SZ als auch aus veröffentlichten Pressemitteilungen konnte ich entnehmen, dass zu vorerst Sie es für sich in Anspruch nehmen, den vorliegenden Kompromiss ermöglicht zu haben. Dann dürfte es aber vielleicht auch nicht verfehlt sein Ihnen stellvertretend aufzuzeigen, das es sehr schade ist, wenn eine konstruktive Arbeitsweise des Stadtrates unter Einbindung aller Fraktionen, Gruppen und jedes einzelner Stadträte nicht angestrebt wird, obwohl dies gerade bei dem vorliegenden Thema sehr leicht machbar gewesen wäre. Den Kreis der Beteiligten einzugrenzen zeugt nicht davon, dass man ein Miteinander in der Sacharbeit in diesem Stadtrat tatsächlich befördert wissen zu wollen. Wobei ich Ihre Einladung, die Sie soeben ausgesprochen haben, gern annehme, aber leider etwas spät. Dies ist zu bedauern. Und schade in der Sache selbst. Denn wenn man sich auf diesen Diskurs wirklich einlässt, bereichert dies die eigenen Ideen und in aller Regel steht zum Schluss ein Ergebnis, welches überzeugt. Und damit lenken wir doch gern unseren Blick auf das Ergebnis. Das ist es ja letztlich, um was es hier wirklich gehen muss. Hier darf ich eingangs eine Bemerkung aus einer Mail anführen, die ich vor wenigen Tagen von einem Vorstandsmitglied des "Zittau - lebendige Stadt e.V." -also dem Verein, der gerade für den Blick der örtlichen Händler auf die Themen unserer Stadt steht- erhielt. In dieser Mail hieß es sehr treffend, das der vorliegende Kompromiss ..."sicherlich nicht der großer Wurf "... sei. Nein, ein "großer Wurf" ist der jetzt zur Abstimmung stehende Kompromiss ganz sicher nicht. Dies unter mancherlei Gesichtspunkten. Beispielhaft darf hier angeführt werden, dass eine allgemeine Erhöhung der Parkgebühren in unserer Stadt sicherlich nicht der richtige Weg zu deren Belebung ist. Wenn man das innerstädtische Leben wirklich nachhaltig befördern will, hätte hier differenzierter gearbeitet werden können und müssen. Ggf. wäre das Ergreifen völlig neuer Ansätze, wie der Verzicht auf Parkgebühren in weiten Teilen der Stadt, möglich gewesen. Aber dazu wäre es natürlich erforderlich gewesen, das man in Breite die Diskussion führt und sich zusammen findet. Die jetzige Lösung der Erhöhung der Parkgebühren wird nach meiner Einschätzung jedenfalls nicht mehr Kunden in die Innenstadt locken. Der Kunde fährt dann lieber weiter dorthin, wo er weiß, das der Preis bei "Null" für das Parken geblieben ist. Daran ändert auch die Verlängerung der "Brötchentaste" auf 30 min nichts oder jedenfalls nur wenig. Und - was sind eigentlich 30 min für einen wirklichen Einkauf in der Stadt? Damit wird doch nur ein Gehetze durch die Stadt für kleine Besorgungen gefördert. Meine Damen und Herren Kollegen Stadträte, durch die Stadt hetzende Menschen dürften aber sicherlich nicht die interessantesten Kunden für die Geschäfte der Innenstadt sein, die man sich dort wünscht. Ich sehe davon ab, hier weitere Punkte der Kritik anzuführen. Die z.B. die Regelungen zum Parken am Samstag betreffen würden oder die fehlende Innovation für die E-Mobilität. Insoweit trage ich die Wahrnehmung in mir, dass zum heutigen Tag in wesentlichen Teilen dieses Stadtrates nicht die Bereitschaft besteht, wirklich noch einmal diese Beschlussvorlage für eine Diskussion zu öffnen. Sollte ich mich da irren - meine Damen und Herren - dann soll und kann dies gern hier bekundet werden. Ich stehe sofort dafür zur Verfügung, die Beschlussvorlage heute noch nicht zu bestätigen. Gemeinschaftlich ein besseres Ergebnis zu erzielen. In den Äußerungen zu diesem Thema konnte man ja aber auch immer wieder vernehmen, dass die jetzigen Regelungen nach wenigen Monaten noch einmal ausgewertet und ggf. neu gefasst werden sollen. Nun denn - vertrauen wir darauf! Vertrauen wir darauf, dass der Wille zur Arbeit in der Sache obsiegt. Und lassen sie mich als Fraktionsvorsitzender unserer Fraktion abschließend ausdrücklich bekunden, das wir jederzeit zu Gesprächen sowohl in dieser Thematik als auch zu anderen Punkten für jeden gewählten Vertreter dieses Stadtrates zur Verfügung stehen.“(Wörtlich vom Einreicher)

Stadtrat Böhm erklärt, dass seine Fraktion sowohl in der Sächsischen Zeitung als auch bei der Vorberatung in den Ausschüssen bereits kundgetan hatte, dass sie sich in der vorgelegten Beschlussvorlage inhaltlich ganz gut wiederfinden, unabhängig von der Verfahrensweise, wie diese erstellt wurde. Sie begrüßen es zum einen, dass auf dem Markt eine echte Kurzzeitparkregelung umgesetzt wird. Zum anderen hatte er bei der Vorberatung im September angeregt, innerhalb des Rings eine stärkere Differenzierung und Lenkungswirkung bei den Parkgebühren einzubauen. Hierzu hatte er konkrete vorgeschlagen, schlecht ausgelastete größere Sammelparkplätze in der Tarifgestaltung

günstiger zu gestalten. Der Vorschlag wurde auf der Breite Straße aufgegriffen. Weiter hatte er angeregt, diese Differenzierung in den kränkelnden Einkaufsstraßen Reichenberger Straße und Innere Weberstraße anzuwenden. Jetzt möchte er zum Änderungsantrag (Anlage 1) überleiten und begründet diesen. Seine Fraktion schlägt vor, eine Tarifstufe 4 für die beiden Einkaufsstraßen einzuführen, die sozusagen eine Kombination aus den Tarifen 1 und 3 darstellt. Er verweist darauf, dass in der Bürgerversammlung zum Innenstadtverkehrskonzept aus der Händlerschaft derartige Vorschläge gekommen sind. Er bittet um Zustimmung zu dieser Änderung und weiter unterstützen sie, dass nach ca. einem Jahr diese Parkgebührenordnung einschließlich ihres heutigen Änderungsantrages noch einmal auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft wird.

Herr Höhne gibt noch einmal einige Erläuterungen hierzu ab, welche er bereits im TVA abgegeben hat. Die Parkgebührenordnung basiert auf gesetzliche Regelungen. Die Belebung von kränkelnden Einkaufsstraßen ist nicht Bestandteil des Straßenverkehrsrechtes. Deswegen kann sie auch keine Grundlage für eine Parkgebührenordnung sein. Er weiß, dass es Händler in unserer Stadt nicht leicht haben. Die Differenzierung der Höhe der Parkgebühren soll es ermöglichen, den Parksuchverkehr zu regulieren. Er hält es nicht für zielführend und gerechtfertigt, aus irgendwelchen Gründen auf der Inneren Weberstraße eine vierte Tarifzone einzurichten, weil sie auch im Moment ausgelastet ist. Eine Regelung, wie lange wer an jeder Stelle parken kann, müssen wir für die Tarifzone zwei nicht festlegen. Das ist Verwaltungshandeln und sollte an dieser Stelle nicht festgeschrieben werden. Ein zweites Argument gegen eine vierte Tarifzone: Es gibt ein Prüfauftrag für das Handy-Parken. Je mehr Tarifzonen wir mit noch mehr differenzierten Dingen zum Kurzzeitparken, beschränkter Parkzeit, unterschiedliche Freiminuten haben, umso teurer wird das ganze System, sodass es dann unlukeativ wird. Ein weiterer Fakt ist, dass es für den Bürger unübersichtlich wird. Wir sind jetzt schon mit drei Tarifen in der Innenstadt sehr unübersichtlich und würden noch eine vierte hinzubringen. Deswegen kann die Verwaltung dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen. Was er zusagen kann ist, dass verwaltungsintern geprüft wird, inwieweit Regulierungen der Parkhöchstdauer an dieser Stelle sinnvoll oder zielführend sind.

Stadtrat Johne, Andreas bestätigt, dass es unstrittig ist, dass es eine Bewirtschaftung der Parkflächen in der Innenstadt geben muss. Sie haben sich auf Initiative zusammengesetzt und einen Kompromiss versucht zu bekommen. Zum Antrag von SR Böhm äußert er, dass die Rechnung nicht stimmen würde. Wenn er sich den Vorschlag ansieht und dort feststellt, dass 15 Minuten 0,25 € kosten sollen und eine Stunde geparkt werden darf und die Höchstparkdauer eine Stunde ist. Dann kostet es nicht 1 €, sondern 0,50 €. Als Zweites verweist er ihn darauf, dass, wenn er sich mit der Verwaltung zusammengesetzt hätte, wäre die Aussage gekommen, dass Sonderregelungen für bestimmte Gruppen und Bedürfnisse im Straßenverkehr einfach so nicht zulässig sind und aus diesem Grund diese Regelung wegfällt. Schade findet er es, dass Herr Schwitzky so viel Zeit investiert hat um zu beklagen, dass sie nicht beteiligt worden sind. Eine Eigeninitiative und einen Vorschlag einer Änderung hat er aber auch von ihm nicht gehört. Er findet es nicht in Ordnung, eine Variante, die jetzt vorliegt, gleich wieder mies zu machen, nur weil man nicht dabei war. Für die vorliegende Vorlage bittet er um Zustimmung, weil es ein Versuch sein soll, der in absehbarer Zeit zu evaluieren ist.

Stadtrat Hentschel-Thöricht bedankt sich zunächst bei Herrn Krusekopf, der diesen Termin bei der Verwaltung angeregt hat und welcher dann zustande kam. Dabei haben sie sich Gedanken gemacht. Andere Vorschläge, bis auf den von Bündnis 90/Die Grünen, sieht er jetzt aktuell nicht. Bei dem Kompromiss gab es ganz viele Ideen. Aber, es ist ein Kompromiss und da muss man sich irgendwo treffen, um voranzukommen. Ein Punkt, die Elektromobilität, wird vermisst. Er stellt den Antrag an den Stadtrat heute zusätzlich zu diesen Kompromiss zu beschließen, dass alle Autos, die Elektromobilität ausweisen, kostenfrei parken dürfen. Zur Ehrenamtskarte, der Antrag (Anlage 2) liegt vor, diesen hätte er auch gern und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Böhm entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Höhne, dass er dies nicht so sieht. Gerade, die jetzt von der Verwaltung vorgelegte Regelung eines kostenlosen Parkens am Samstags kommt ja den Händlern entgegen und wird ausdrücklich begrüßt, obwohl seine Fraktion und Zkm daran Zweifel haben, ob diese Regelung tatsächlich so greift. Herr Höhne hatte weiter angeführt, dass mit der Parkgebührenordnung Parksuchverkehr vermieden werden soll. Gerade bei diesem kostenlosen Parken am Samstag entsteht seines Erachtens nach Parksuchverkehr, weil attraktive Stellplätze vermutlich schon Freitag zugestellt sein werden und am Samstag, wenn die Kunden in die Innenstadt kommen, das große Suchen eintritt. Zu Herrn Johne erwidert er, dass sich der Änderungsantrag genau an der von der Verwaltung vorgelegten Parkgebührenordnung orientiert. Zum Beispiel bei Tarif 1 ist die Darstellung genauso. Er findet diese Äußerung etwas polemisch.

Stadtrat Thiele stellt den Antrag zur Geschäftsordnung. Im Zuge, dass wir heute noch eine Weihnachtsfeier haben, bittet er um Beendigung der Diskussion der Redner, die sich noch gemeldet haben. Weiter bittet er um Abstimmung der vorgelegten Änderungsanträge.

Stadtrat Gullus versteht, dass die Diskussion langsam beendet werden sollte. Er möchte jedoch noch etwas dazu sagen. Bis jetzt wurde über den Antrag diskutiert. Er würde noch etwas zu dem anderen Antrag der Verwaltung sagen wollen.

OB Zenker muss den Geschäftsordnungsantrag bearbeiten. Vorher gab es noch Wortmeldungen, die hießen: Lange, Schwitzky und unser Justiziar. Darüber muss abgestimmt werden. Er bittet um Meldung, wer für den Geschäftsordnungsantrag sprechen möchte. Keine Wortmeldung liegt für den Geschäftsordnungsantrag vor, stellt OB Zenker fest. Dagegen sprechen möchte wer?

Stadtrat Böhm spricht sich dagegen aus, weil eine anschließende Weihnachtsfeier kein Grund ist, eine Diskussion zu einem wichtigen Tagesordnungspunkt frühzeitig abzubrechen. Gerade aufgrund der geäußerten Kritik über das Zustandekommen dieser Beschlussvorlage müssen jetzt alle Mitglieder des Stadtrates die Möglichkeit haben, sich in die Diskussion noch einzubringen.

OB Zenker lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.
Mit 14 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen.

Stadtrat Gullus erwidert darauf. Er hat einen Antrag gestellt. Dieser Antrag wurde diskutiert. Er wollte nicht zu dem Antrag sprechen, deswegen hat er sich nicht gemeldet. Jetzt stellt er die Sache, dass er keine weiteren Anfragen zulassen möchte. Er hat ja nichts gegen seinen Antrag aber, er muss doch aber die Möglichkeit haben, wenn er nicht zu dem Antrag sprechen möchte, sondern zu dem vorhergehenden, etwas zu sagen. Dies ist doch nicht abgeschlossen worden. Sie können mit so einer Geschäftsabstimmung mich nicht einfach so abwürgen. Dies findet er nicht richtig.

Es sind mehrere Anträge und es ist eine Generaldebatte zu diesem Thema, erläutert OB Zenker. Er möchte ihn nicht abwürgen, aber es ist ein Mitglied seiner Fraktion, der diesen Antrag stellt. Was soll er jetzt tun? Er findet, dass sie sich schon untereinander abstimmen sollten. Er stimmt zu, dass die Diskussion mehr in die Richtung tendierte. Aber, wir reden über die Vorlage. Er erinnert sich sehr genau. Herr Schwitzky hat zur Vorlage gesprochen. Herr Hentschel-Thöricht hat zur Vorlage gesprochen und zwei weitere Änderungsanträge gestellt, die wir noch nicht diskutiert haben. Herr Johne hat zur Vorlage gesprochen. Herr OB Zenker bittet Herrn Schiermeyer an dieser Stelle um seine Einschätzung.

Herr Schiermeyer erläutert. § 13 der Geschäftsordnung legt fest und zitiert „Ein Antrag auf Schluss der Aussprache oder der Rednerliste ist erst zulässig, wenn ein Redner jeder Fraktion Gelegenheit hatte, zur Sache zu sprechen...“ Wenn er es richtig gesehen hat, hat jede Fraktion zur Sache gesprochen. Insofern war der Antrag an der Stelle zulässig. Es war wohl, insoweit er es mitbekommen hat, eine allgemeine Debatte und eben nicht nur eine Debatte zum einzelnen Antrag.

OB Zenker kann mit dem Kompromiss leben auch vor dem Hintergrund, diesen später zu überprüfen. Im Antrag von SR Böhm steht unter anderem: „Im Sinne einer ernsthaften Bürgerbeteiligung sollten derartige Hinweise aufgegriffen werden.“ Bereits im TVA wurde es diskutiert. Hinweise von Bürgern, die sich an Situationen beteiligen, werden aufgegriffen und werden geprüft und anschließend entsteht eine Vorlage. Das heißt nicht, dass sie irgendwie nicht gehört und nicht behandelt wurden. Diese Unterstellung möchte er direkt zurückweisen. Zur Ehrenamtskarte möchte er hinweisen. Die Ehrenamtskarte, die in der Stadt Zittau ausgereicht wird, hat im Moment eine Inhaberin. Im vergangenen Jahr waren es fünf. Die Sächsische Ehrenamtskarte, die durch die Kommunen ausgereicht wird, hat vier Grundlagen: die Engagement-Dauer vor Antragstellung mindestens ein Jahr; Mindestalter 16 Jahre; Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt Freistaat Sachsen; die Wohnsitzgemeinde beteiligt sich an der Vergabe der Karte. Jetzt sagen sie, wer von den Ehrenamtlern diese Karte nicht bekommen dürfte. Und dann sagen sie hinterher, wer nicht kostenlos in der Stadt parken dürfte. Dann können wir uns die Vorlage sparen, weil jeder Ehrenamtsinhaber die Karte ins Auto legt. Selbstverständlich brauchen wir Menschen, die sich engagierten, aber die Karte darf nicht zum Parkausweis verkommen.

Herr Höhne möchte zu den Elektroautos Stellung nehmen. Dort gibt es unterschiedliche Meinungen im Fachreferat. Was Herr Hentschel-Thöricht vorgeschlagen hat, ist eher schlecht. Wenn wir es generell einführen und dies wurde geprüft, verursacht das Kosten in Höhe von ca. 34 T€. Das sind Beschilderungskosten für alle Parkplätze. Zurzeit sind ca. 50 Elektroautos im Landkreis Görlitz zugelassen. Er denkt, dass es unangemessen ist. Was die Verwaltung sich allerdings vorstellen könnte ist, dass man das Angebot kostengünstig auf unserem Parkplatz Breite Straße schaffen könnte

und es müsste im Tarif 3 ergänzt werden. Dann würde es für den Parkplatz Breite Straße explizit und für die Innenstadt, falls wir dort Parkautomaten aufstellen, gelten. Dort ist der Aufwand vertretbar und der Aufwand für die Umbeschilderung auf dem Parkplatz Breite Straße hält sich in Grenzen.

Im VFA wurde dies bereits so angesprochen und wenn es heute so Zustimmung findet, würde ich es in den Beschluss so übernehmen, erklärt OB Zenker.

Herr Schiermeyer ergänzt zum Änderungsantrag des kostenlosen Parkens mit der Ehrenamtskarte. Dies wäre nach seiner Erkenntnis nach nicht zulässig, weil es kein verkehrlicher Belang dafür ist. Beim Elektroauto ist es zwar auch kein verkehrlicher Belang, aber dort steht es ausdrücklich im Gesetz drin, dass eine Sonderregelung geschaffen werden kann. Was die anderen Anträge betrifft sind sie nach seiner Erkenntnis nach alle zulässig. Insofern hat er auch keine rechtlichen Bedenken gegen den Antrag, der jetzt sichtbar ist. Hinzuweisen ist noch auf die Gebühr. Die Gebührenfestlegung ist überall systematisch in allen Punkten genauso aufgebaut. In dem Fall bei 15 min = 0,25 € und dahinter steht in Klammer die Umrechnung pro Stunde. Dass es hier in dem Fall keine Stunde parken geben kann, ist ein anderer Punkt, aber die Festsetzung wäre da vorn. Auf ein anderes kleines Problem möchte er noch hinweisen. So wie das Ganze jetzt formuliert ist, gibt es bei der Auslegung ein Problem. Da steht, die jeweilige Mindestgebühr beträgt X Euro etc. Wenn man keine Irritation hervorrufen will und das wird bei der Einstellung der Automaten dann schwierig, wäre es sinnvoller, den Satz: Die jeweilige Mindestgebühr beträgt ... zu streichen.

Herr Höhne bestätigt, dass Herr Schiermeyer gestern auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht hat. Dies wurde ernsthaft diskutiert und in der Fachabteilung besteht dazu eine andere Meinung. Diese Regelung, wie hier beschrieben, praktizieren wir bereits mit einer Satzung von 2010. Es ist bisher in den letzten sieben Jahren keine Beschwerde gekommen, und er denkt, dass in den nächsten Jahren auch keine kommen wird.

Stadtrat Lange erklärt im Namen seiner Fraktion, dass sie den Kompromiss zustimmen werden. Wogegen sie Protest einlegen oder heftige Kritik anmelden ist das Zustandekommen dieses Kompromisses. Es kann nicht angehen, dass die Verwaltung bestimmte Fraktionen einlädt, mit denen dieser Kompromiss erarbeitet wird und die anderen ausdrücklich nicht dazu eingeladen worden sind. Warum auch immer? Diese Kritik muss zur Kenntnis genommen werden. Sie ändert aber nichts daran, dass wir inhaltlich diesen Kompromiss akzeptabel finden.

Wir haben mit denjenigen, die eine konkurrierende Vorlage eingebracht hatten, vorab verhandelt, erwidert OB Zenker. Dazu kamen noch die zahlreichen Änderungswünsche bzw. -anträge aus der Debatte. Er bittet um Verständnis. Wir haben auch schon mit Vertretern anderer Fraktionen Dinge beraten, weil diese dieses einbringen wollten. Er kann durchaus insofern die Kritik verstehen.

OB Zenker lässt über den Änderungsantrag von SR Böhm (Anlage 1 zum Protokoll) abstimmen: Mit 4:18:3 ist der Änderungsantrag abgelehnt.

OB Zenker lässt über den Änderungsantrag von SR Hentschel-Thöricht zum kostenlosen Parken mit Ehrenamtskarte (Anlage 2 zum Protokoll) abstimmen: Mit 4:19:2 ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Stadtrat Hentschel-Thöricht erklärt, dass sie dem Vorschlag der Verwaltung zu den Elektroautos folgen können und damit muss nicht darüber abgestimmt werden. Zur Ehrenamtskarte hätte müssen nicht abgestimmt werden, weil das Prüfergebnis vom OB schon mitgeteilt wurde. Ihr Antrag ist demzufolge erfüllt.

OB Zenker bestätigt, dass er die vorgeschlagene Lösung mit den Elektroautos auf dem Parkplatz Breite Straße in der Beschlussvorlage hinzufügen wird.

OB Zenker lässt über den gesamten Beschlussvorschlag mit den Änderungen abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die beiliegende Neufassung der Verordnung der Stadt Zittau über die Festsetzung von Parkgebühren – Parkgebührenordnung 2017 – Stand 17.11.2016.

Die Evaluierung der erzielten Ergebnisse erfolgt im 3. Quartal 2017.

Abstimmung:

**Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

11. Tagesordnungspunkt

Beschluss zur Weiterführung und finanziellen sowie personellen Absicherung der Teilnahme am Zertifizierungsverfahren und Qualitätsmanagementsystem "European Energy Award"

Vorlage: 193/2016

Der VFA hat mit 13:0:0, der TVA hat mit 8:0:0 den Beschlussvorschlag empfohlen, informiert OB Zenker. Danken möchte er an dieser Stelle SR Böhm und SR Dr. Kurze für die aktive Teilnahme an diesem Verfahren. Frau Hirt und Herr Franz haben eine Auszeichnung als Energiemanager und Techniker nach einer umfangreichen Ausbildung erhalten, die uns im Gesamthandling der Stadt hilft.

Weitere Erläuterungen werden nicht gewünscht. Diskussionsbedarf besteht nicht.

OB Zenker stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die Weiterführung der Teilnahme der Großen Kreisstadt Zittau am Zertifizierungsverfahren und Qualitätsmanagementsystem „European Energy Award“ sowie die Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen für den nächsten externen Auditierungszyklus bis 2020.

Abstimmung:

**Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

OB Zenker stellt die Nichtöffentlichkeit her.

OB Zenker gibt eine nichtöffentliche Information über ein Zwischenfall im Büro des Oberbürgermeisters ab. Stundungen liegen keine vor.

gez.
Thomas Zenker
Oberbürgermeister

gez.
Andreas Johne
Stadträtin/Stadtrat

gez.
Thomas Schwitzky
Stadträtin/Stadtrat

gez.
Simone Weichenhain
Schriftführer/in